OÖ. LANDESVERWALTUNGSGERICHT

4021 Linz / Volksgartenstraße 14
Telefon: +43 732 7075-18004
Fax: +43 732 7075-218018
E-Mail: post@lvwg-ooe.gv.at / www.lvwg-ooe.gv.at

Geschäftszeichen: **LVwG-401009/6/FP**

Datum: **Linz, 30. Juli 2025**

Das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich fasst durch seinen Richter Mag. Pohl über die Beschwerde von A__, gegen das Straferkenntnis der Bezirkshauptmannschaft Schärding (gegen B__), GZ: BHSD/924140011737/24, wegen einer Übertretung des BStMG, den

B E S C H L U S S

I. Die Beschwerde wird zurückgewiesen.

II. Gegen diese Entscheidung ist eine Revision unzulässig.

(I. Odwołanie zostało oddalone.

(II. Odwołanie od niniejszej decyzji jest niedopuszczalne.)

E n t s c h e i d u n g s g r ü n d e

I.1. Mit dem im Rubrum genannten Straferkenntnis verhängte die belangte Behörde eine Strafe über B__, weil das Unternehmen, dessen Verantwortlicher der Bf ist, als Zulassungsbesitzerin die Nachweisdokumente zur verlangten Euro-Emissionsklasse nicht binnen 30-tägiger Frist bei der ASFINAG eingemeldet hatte.

(Wspomniana w nagłówku decyzja karna oznacza, że właściwy organ nałożył na B__ karę, ponieważ firma, za którą odpowiada skarżący, jako właściciel pojazdu zarejestrowanego, nie przedłożyła w terminie 30 dni ASFINAG dokumentów potwierdzających wymaganą klasę emisji spalin Euro.)

I.2. Am 25.04.2025 richtete die A__, (Bf) ein Schreiben an die Behörde, in welchem sie gleichlautend mit dem als Einspruch gegen die Strafverfügung gewerteten Schreiben vom 10.10.2024 und jenem vom 12.03.2025 mitteilte, dass Nutzer des KFZ ein bestimmtes Unternehmen sei und die Behörde ihren Schriftverkehr an diesen richten solle und die Bf nicht am Verfahren beteiligt sei.

I.3. Die belangte Behörde legte dem Verwaltungsgericht das Anbringen samt Verfahrensakt mit Schreiben vom 21.05.2025 als Beschwerde zur Entscheidung vor.

II.1. Das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich hat Beweis erhoben durch Einsichtnahme in den vorliegenden Verwaltungsakt.
Der entscheidungswesentliche Sachverhalt ergibt sich schon aus der Aktenlage. Da aufgrund der mangelnden Parteistellung der Bf auf der Hand liegt, dass die Beschwerde zurückzuweisen ist und die Akten im Übrigen erkennen lassen, dass die mündliche Erörterung eine weitere Klärung der Rechtssache nicht erwarten lässt, und dem auch Art. 6 Abs. 1 EMRK bzw. Art. 47 GRC nicht entgegen steht weil Fragen der Prozesslegitimation keine Entscheidung über zivilrechtliche Ansprüche oder Verpflichtungen betrifft, entfällt eine öffentliche mündlichen Verhandlung (§ 24 Abs. 2 Z 1 VwGVG). Die Bf hat eine solche auch nicht beantragt.

II.2. Das Verwaltungsgericht hat die Bf mit Schreiben vom 02.07.2025 aufgefordert, eine entsprechende Vollmacht für die Vertretung des Bescheidadressaten vorzulegen und das Anbringen entsprechend § 9 VwGVG zu verbessern.
Die Bf hat auf das gerichtliche Schreiben reagiert indem sie eine Vertretungs-vollmacht betreffend den einige Schreiben der Bf unterfertigenden Bartłomiej Prezemorski vorlegte, die in polnischer Sprache verfasst ist. Überdies wird neuerlich mit gleichem Wortlaut wie schon zuvor dargelegt, man solle sich an den Leasingnehmer wenden und sei nicht Verfahrenspartei.

II.3. Nachstehender entscheidungswesentlicher S A C H V E R H A L T steht fest:

Die belangte Behörde hat mit Straferkenntnis vom 14.04.2025, GZ: BHSD/924140011737/24, eine Strafe im Ausmaß von 300 Euro (Ersatzfreiheitsstrafe 1 Tag 9 Stunden) zuzüglich Kosten verhängt.

Dazu hat die Bf mit Schreiben am 25.04.2025 folgendes mitgeteilt:

„[…] Betrifft: Antrag BHSD/924140011737/24 vom 23.4.2025

Sehr geehrte Damen und Herren,
Als Antwort auf Ihre Anfrage mit der oben genannten Unterschrift möchten wir Sie darüber informieren, dass der Benutzer des Objekts:
C__
Registrierungsnummer: bbb
Fahrgestellnummer: ccc
aufgrund des Leasingvertrags Nr. ddd, geschlossen am:
D__
E-Straße
F__
Steuernummer: aaa
REGON: eee

Bitte richten Sie im Zusammenhang mit dem oben Gesagten den entsprechenden Schriftwechsel direkt an den Fahrzeugnutzer, da A__ nicht am Verfahren beteiligt ist.
Wenn Sie Fragen oder Bedenken haben, wenden Sie sich bitte an den Kundendienst unter der folgenden Telefonnummer: fff oder per E-Mail: aaa@aaa.pl. […]"

Das Verwaltungsgericht forderte die Bf mit Schreiben vom 01.07.2025 auf, eine sie im Verfahren gegen B__ zur Verfahrensführung berechtigende Vollmacht vorzulegen und das Anbringen in Bezug auf die Erfordernisse des § 9 Abs. 1 VwGVG zu verbessern.

II.4. Beweiswürdigung:

Der festgestellte Sachverhalt ergibt sich widerspruchsfrei aus dem vorliegenden Akt.

III. Relevante Rechtsgrundlagen

Art. 132 B-VG (BGBl. Nr. 1/1930, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 164/2013) lautet:

Artikel 132. (1) Gegen den Bescheid einer Verwaltungsbehörde kann wegen Rechtswidrigkeit Beschwerde erheben:

1. wer durch den Bescheid in seinen Rechten verletzt zu sein behauptet;
2. der zuständige Bundesminister in Rechtssachen in einer Angelegenheit der Art. 11, 12, 14 Abs. 2 und 3 und 14a Abs. 3 und 4 oder in Rechtssachen, in denen dem Bescheid eines Landesschulrates ein kollegialer Beschluss zugrunde liegt.

(2) Gegen die Ausübung unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt kann wegen Rechtswidrigkeit Beschwerde erheben, wer durch sie in seinen Rechten verletzt zu sein behauptet.

(3) Wegen Verletzung der Entscheidungspflicht kann Beschwerde erheben, wer im Verwaltungsverfahren als Partei zur Geltendmachung der Entscheidungspflicht berechtigt zu sein behauptet.

(4) Gegen Weisungen gemäß Art. 81a Abs. 4 kann der Landesschulrat aufgrund eines Beschlusses des Kollegiums Beschwerde erheben.

(5) Wer in anderen als den in Abs. 1 und 2 genannten Fällen und in den Fällen, in denen ein Gesetz gemäß Art. 130 Abs. 2 eine Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte vorsieht, wegen Rechtswidrigkeit Beschwerde erheben kann, bestimmen die Bundes- oder Landesgesetze.

(6) In den Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde kann Beschwerde beim Verwaltungsgericht erst nach Erschöpfung des Instanzenzuges erhoben werden.

§ 8 AVG (BGBl. Nr. 51/1991) lautet:

Beteiligte; Parteien

§ 8. Personen, die eine Tätigkeit der Behörde in Anspruch nehmen oder auf die sich die Tätigkeit der Behörde bezieht, sind Beteiligte und, insoweit sie an der Sache vermöge eines Rechtsanspruches oder eines rechtlichen Interesses beteiligt sind, Parteien.

§ 13 Abs 3 AVG lautet:

3. Abschnitt: Verkehr zwischen Behörden und Beteiligten
Anbringen
§ 13.
(1)[…](3) Mängel schriftlicher Anbringen ermächtigen die Behörde nicht zur Zurückweisung. Die Behörde hat vielmehr von Amts wegen unverzüglich deren Behebung zu veranlassen und kann dem Einschreiter die Behebung des Mangels innerhalb einer angemessenen Frist mit der Wirkung auftragen, dass das Anbringen nach fruchtlosem Ablauf dieser Frist zurückgewiesen wird. Wird der Mangel rechtzeitig behoben, so gilt das Anbringen als ursprünglich richtig eingebracht. […]

§§ 32 und 33 AVG lauten:

„5. Abschnitt: Fristen
§ 32. (1) Bei der Berechnung von Fristen, die nach Tagen bestimmt sind, wird der Tag nicht mitgerechnet, in den der Zeitpunkt oder das Ereignis fällt, wonach sich der Anfang der Frist richten soll.

(2) Nach Wochen, Monaten oder Jahren bestimmte Fristen enden mit dem Ablauf desjenigen Tages der letzten Woche oder des letzten Monats, der durch seine Benennung oder Zahl dem Tag entspricht, an dem die Frist begonnen hat. Fehlt dieser Tag im letzten Monat, so endet die Frist mit Ablauf des letzten Tages dieses Monats.

§ 33. (1) Beginn und Lauf einer Frist werden durch Samstage, Sonntage oder gesetzliche Feiertage nicht behindert.
(2) Fällt das Ende einer Frist auf einen Samstag, Sonntag, gesetzlichen Feiertag, Karfreitag oder 24. Dezember, so ist der nächste Tag, der nicht einer der vorgenannten Tage ist, als letzter Tag der Frist anzusehen.
(3) Die Tage von der Übergabe an einen Zustelldienst im Sinne des § 2 Z 7 des Zustellgesetzes zur Übermittlung an die Behörde bis zum Einlangen bei dieser (Postlauf) werden in die Frist nicht eingerechnet.
(4) Durch Gesetz oder Verordnung festgesetzte Fristen können, wenn nicht ausdrücklich anderes bestimmt ist, nicht geändert werden."

§ 32 Abs 1 VStG (BGBl. Nr. 52/1991 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 33/2013) lautet:

§ 32. (1) Beschuldigter ist die im Verdacht einer Verwaltungsübertretung stehende Person von dem Zeitpunkt der ersten von der Behörde gegen sie gerichteten Verfolgungshandlung bis zum Abschluß der Strafsache. Der Beschuldigte ist Partei im Sinne des AVG.

IV. Rechtliche Beurteilung

IV.1. „Parteien des Verwaltungsstrafverfahrens sind kraft ausdrücklicher Bestimmungen des VStG 1991 der Beschuldigte (vgl. § 32 Abs. 1 VStG), der Privatankläger (vgl. § 56 Abs. 2 VStG) und der Privatbeteiligte (vgl. § 57 Abs. 1 VStG). Des weiteren ergibt sich aus § 17 VStG eine Parteistellung des vom Beschuldigten verschiedenen Eigentümers eines vom Verfall bedrohten Gegenstandes (vgl. das zu den im Wesentlichen gleichlautenden Bestimmungen des VStG 1950 ergangene hg. Erkenntnis vom 14. Jänner 1983, Zl. 82/02/0237)." (VwGH 27.04.2017, Ro 2015/07/0002)

Die Bf gehört – wie sie selbst in allen ihren Anbringen feststellt - nicht zum genannten Personenkreis. Sie war nicht Adressat des Straferkenntnisses. Ebenso wenig waren ihre Mitarbeiter, die in ihrem Namen tätig werden, Adressat des Straferkenntnisses, also ebenso wenig Partei.

Die Bf hat daher im Verwaltungsstrafverfahren, welches sich gegen den Beschuldigten des Verwaltungsstrafverfahrens, B__ richtet, keine Parteistellung. Hinweise darauf, dass die Bf als Vertreterin des Verpflichteten aufgetreten ist, haben sich letztlich nicht ergeben, weil sie in eigenem Namen einschreitet. Weder hat sie eine Vollmacht vorgelegt, die sie berechtigen würde, für den Beschuldigten B__ einzuschreiten, noch hat sie ein Vorbringen erstattet, welches sich auf die Person des Beschuldigten bezogen hat.

Weder die Bf, noch die zeichnenden Mitarbeiter haben Beschwerdelegitimation, weshalb die Beschwerde zurückzuweisen ist.

Zudem wurde das Anbringen nicht binnen der eingeräumten Frist gemäß § 13 Abs 3 AVG verbessert, sodass das Anbringen auch aus diesem Grund zurückzuweisen ist.

(IV.1. „Na mocy wyraźnych przepisów Ustawy o karach administracyjnych z 1991 r. stronami w postępowaniu karnym w trybie administracyjnym są oskarżony (por. art. 32 ust. 1 Ustawy o karach administracyjnych), oskarżyciel prywatny (por. art. 56 ust. 2 Ustawy o karach administracyjnych) oraz strona prywatna (por. art. 57 ust. 1 Ustawy o karach administracyjnych). Ponadto art. 17 Ustawy o karach administracyjnych przyznaje status strony w postępowaniu właścicielowi rzeczy zagrożonej przepadkiem, który jest inny niż oskarżony (por. wyrok z dnia 14 stycznia 1983 r., sygn. akt 82/02/0237, wydany na podstawie zasadniczo identycznych przepisów Ustawy o karach administracyjnych z 1950 r.).” (Sąd Administracyjny z dnia 27 kwietnia 2017 r., sygn. akt Ro 2015/07/0002)

Wnioskodawca – jak sam stwierdza we wszystkich swoich pismach – nie należy do wyżej wymienionego kręgu osób. Nie był adresatem decyzji karnej. Nie działali w jego imieniu również jego pracownicy, a zatem nie są stronami.

Skarżąca nie ma zatem statusu strony w postępowaniu karnym administracyjnym prowadzonym przeciwko oskarżonemu w postępowaniu karnym administracyjnym, B__. Ostatecznie brak było dowodów na to, że skarżąca działała w charakterze przedstawiciela strony zobowiązanej, ponieważ interweniuje we własnym imieniu. Nie przedstawiła również pełnomocnictwa, które upoważniałoby ją do interwencji w imieniu oskarżonego, G__, ani nie złożyła żadnych pism, które odnosiłyby się do oskarżonego osobiście.

Ani skarżąca, ani pracownicy podpisujący skargę nie mają legitymacji procesowej, dlatego skarga podlega oddaleniu.

Ponadto wniosek nie został poprawiony w terminie wyznaczonym zgodnie z § 13 ust. 3 AVG, w związku z czym wniosek należy odrzucić również z tego powodu.)

IV.2. Die belangte Behörde darf an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass schon das von ihr als Einspruch gegen die Strafverfügung gewertete Schreiben vom 10.10.2024 nicht als Einspruch in Betracht kommt, zumal es nicht vom Beschuldigten stammt und sich auch keine Hinweise darauf ergeben, dass die Bf für diesen eingeschritten ist. Insofern ist bereits die Strafverfügung in Rechtskraft erwachsen, weshalb die belangte Behörde zur Erlassung eines Straferkenntnisses nicht zuständig war. Darauf hätte mittels Verbesserungsauftrag (Vollmacht)

reagiert werden und der Einspruch ggf zurückgewiesen werden müssen, da er nicht von einer Partei des Verfahrens stammt.

V. Unzulässigkeit der ordentlichen Revision:

Die ordentliche Revision ist unzulässig, da keine Rechtsfrage im Sinne des Art. 133 Abs. 4 B-VG zu beurteilen war, der grundsätzliche Bedeutung zukommt. Weder weicht die gegenständliche Entscheidung von der bisherigen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes ab, noch fehlt es an einer Rechtsprechung. Weiters ist die dazu vorliegende Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes auch nicht als uneinheitlich zu beurteilen. Es liegen auch keine sonstigen Hinweise auf eine grundsätzliche Bedeutung der zu lösenden Rechtsfrage vor.

(Skarga kasacyjna jest niedopuszczalna, ponieważ nie dotyczyła ona kwestii prawnej o fundamentalnym znaczeniu w rozumieniu art. 133 ust. 4 federalnej ustawy konstytucyjnej (B-VG). Niniejsze orzeczenie nie odbiega od dotychczasowego orzecznictwa Sądu Administracyjnego ani nie wykazuje braku orzecznictwa. Ponadto, orzecznictwo Sądu Administracyjnego w tym zakresie nie może być uznane za niespójne. Brak jest również innych przesłanek wskazujących na fundamentalne znaczenie rozstrzyganego zagadnienia prawnego.)

R e c h t s m i t t e l b e l e h r u n g

Gegen diese Entscheidung besteht innerhalb von sechs Wochen ab dem Tag der Zustellung die Möglichkeit der Erhebung einer Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof und/oder einer außerordentlichen Revision beim Verwaltungsgerichtshof. Eine Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof ist unmittelbar bei diesem einzubringen, eine Revision an den Verwaltungsgerichtshof beim Landesverwaltungsgericht Oberösterreich. Die Abfassung und die Einbringung einer Beschwerde bzw. einer Revision müssen durch einen bevollmächtigten Rechtsanwalt bzw. eine bevollmächtigte Rechtsanwältin erfolgen. Für die Beschwerde bzw. Revision ist eine Eingabengebühr von je 340 Euro zu entrichten, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist. Sie haben die Möglichkeit, auf die Revision beim Verwaltungsgerichtshof und die Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof zu verzichten. Ein solcher Verzicht hat zur Folge, dass eine Revision an den Verwaltungsgerichtshof und eine Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof nicht mehr erhoben werden kann. Ein Verzicht ist schriftlich bekanntzugeben oder zu Protokoll zu erklären. Wurde der Verzicht nicht von einem berufsmäßigen Parteienvertreter oder im Beisein eines solchen abgegeben, so kann er binnen drei Tagen schriftlich oder zur Niederschrift widerrufen werden.

(W ciągu sześciu tygodni od daty doręczenia można wnieść skargę do Trybunału Konstytucyjnego i/lub skargę nadzwyczajną do Sądu Administracyjnego. Skargę do Trybunału Konstytucyjnego należy wnieść bezpośrednio do Trybunału, natomiast skargę do Sądu Administracyjnego należy wnieść do Krajowego Sądu Administracyjnego Górnej Austrii. Sporządzenie i złożenie skargi lub zażalenia musi być wykonane przez uprawnionego pełnomocnika. Opłata za każdą skargę lub zażalenie wynosi 340 euro, o ile ustawa nie stanowi inaczej. Istnieje możliwość zrzeczenia się skargi do Sądu Administracyjnego i skargi do Trybunału Konstytucyjnego. Takie zrzeczenie się spowoduje, że skarga do Sądu Administracyjnego i skarga do Trybunału Konstytucyjnego nie będą już możliwe. Zrzeczenie się musi zostać zgłoszone na piśmie lub zaprotokołowane. Jeżeli zrzeczenie nie zostało złożone przez profesjonalnego pełnomocnika strony lub w obecności takiego pełnomocnika, można je odwołać na piśmie lub zaprotokołować w ciągu trzech dni.)

H i n w e i s

Verfahrenshilfe ist einer Partei zur Gänze oder zum Teil zu bewilligen, wenn die Partei außerstande ist, die Kosten der Führung des Verfahrens ohne Beeinträchtigung des notwendigen Unterhalts zu bestreiten und die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung nicht als offenbar mutwillig oder aussichtslos erscheint.
Einer juristischen Person oder einem sonstigen parteifähigen Gebilde ist die Verfahrenshilfe zu bewilligen, wenn die zur Führung des Verfahrens erforderlichen Mittel weder von ihr/ihm noch von den an der Führung des Verfahrens wirtschaftlich Beteiligten aufgebracht werden können, und die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung nicht als offenbar mutwillig oder aussichtslos erscheint; das Gleiche gilt für ein behördlich bestelltes Organ oder einen gesetzlichen Vertreter, die für eine Vermögensmasse auftreten, wenn die zur Führung des Verfahrens erforderlichen Mittel weder aus der Vermögensmasse noch von den an der Führung des Verfahrens wirtschaftlich Beteiligten aufgebracht werden können.

Für das Beschwerdeverfahren ist ein Antrag auf Verfahrenshilfe innerhalb der Rechtsmittelfrist beim Verfassungsgerichtshof einzubringen.

Für das Revisionsverfahren ist ein Antrag auf Verfahrenshilfe innerhalb der Rechtsmittelfrist beim Verwaltungsgerichtshof einzubringen. Im Antrag ist, soweit zumutbar, kurz zu begründen, warum die Revision entgegen dem Ausspruch des Verwaltungsgerichtes für zulässig erachtet wird.

(Pomoc prawna przysługuje stronie w całości lub w części, jeżeli strona nie jest w stanie pokryć kosztów postępowania bez uszczerbku dla swoich niezbędnych

środków utrzymania, a zamierzone działanie lub obrona nie wydają się oczywiście błahe lub bezcelowe.
Pomoc prawna przysługuje osobie prawnej lub innemu podmiotowi mogącemu być

stroną, jeżeli środki niezbędne do prowadzenia postępowania nie mogą zostać pozyskane ani przez nią, ani przez strony zaangażowane majątkowo w postępowaniu, a zamierzone działanie lub obrona nie wydają się oczywiście błahe lub bezcelowe; to samo dotyczy organu ustanowionego z urzędu lub pełnomocnika procesowego działającego w imieniu masy spadkowej, jeżeli środki niezbędne do prowadzenia postępowania nie mogą zostać pozyskane ani ze składek masy spadkowej, ani ze stron zaangażowanych majątkowo w postępowaniu.
W postępowaniu odwoławczym wniosek o pomoc prawną należy złożyć do Trybunału Konstytucyjnego w terminie odwołania.
W postępowaniu odwoławczym wniosek o pomoc prawną należy złożyć do Sądu Administracyjnego w terminie odwołania. Wniosek powinien, w uzasadnionym zakresie, zawierać krótkie wyjaśnienie, dlaczego odwołanie uznaje się za dopuszczalne, wbrew orzeczeniu Sądu Administracyjnego.)

Landesverwaltungsgericht Oberösterreich

Mag. Pohl